

NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	10.05.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	18.35 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Groß, Michael
AM Kaiserling, Carl-Norbert
AM Kamieth, Jens
Stv Katz, Reinhilde
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schmidt, André
Stv Schulte, Werner - für AM Tigges, Johannes

II. Beratende Mitglieder:

AM Griffig, Thomas
AM Löwenberg, Horst
AM Max, Christian
AM Mücke, Helga
Stv Nauck, Gerda

III. Von der Verwaltung:

Städt. VD Fischer
Städt. OAR Hülsmann
StA Roskamm
Stl Engelmann
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Tigges, Johannes

Zur Tagesordnung:

Die Punkte 6 und 7 werden vor Punkt 5 behandelt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Kaiserling bestimmt.

4. AfSFS 10.05.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.03.2000

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

4. AfSFS 10.05.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. AfSFS 10.05.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Haushalt 2000

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.03.2000

Herr Groß weist darauf hin, dass der Rat bei den Änderungen zum Haushalt 2000 die Erhöhung des Ansatzes für die Betriebskosten des Stadtteilbüros Heidenberg nicht berücksichtigt hat. Da die fachliche Notwendigkeit dafür jedoch gegeben ist, sollte der Punkt erneut aufgegriffen werden.

Herr Dr. Stötzel gibt zu bedenken, ob nicht angesichts des geringen Betrages eine andere Lösung möglich ist.

Herr Fischer erläutert, dass sich die Betriebskosten in 1999 auf 6.300,00 DM beliefen. Ohne Berücksichtigung des daraus finanzierten Stadtteilstes ist der Ansatz auf der Grundlage von 300,00 DM/Monat auskömmlich. Die Verwaltung wird Überlegungen anstellen, wie das Stadtteilstes aus anderen Mitteln finanziert werden kann und ggf. dem Ausschuss zur Entscheidung vorlegen.

Herr Groß hält fest, dass mit der Erklärung der Verwaltung der Antrag erledigt ist.

4. AfSFS 10.05.2000

4.2 Kommunale Beschäftigungsförderung

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2000

Frau Flohren unterstreicht zunächst die Bedeutung kommunaler Beschäftigungsförderung zur Verringerung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit.

Ergänzend zum Antrag hält sie fest, dass es nicht Ziel der SPD-Fraktion ist, die Maßnahmen direkt umzusetzen, sondern die Verwaltung zu beauftragen, eine Entscheidung für den Rat vorzubereiten. Daher ist die Formulierung entsprechend zu ändern.

Die Vertreter der CDU-Fraktion können sich dem geänderten Vorschlag anschließen, so Herr Schmidt. Die im Antrag genannte Vorlage zeigt den sehr schwierigen und komplizierten Sachverhalt auf, dessen Aufbereitung mit einem gewissen Aufwand verbunden ist. Darüber hinaus müssen die bereits vorhandenen Angebote eingearbeitet werden.

Frau Nauck begrüßt den Antrag grundsätzlich und regt an, die Erfahrungen der Kreisverwaltung in diesem Bereich zu nutzen und die städtischen Maßnahmen dort abzustimmen.

Herr Löwenberg weist darauf hin, dass sich die Stadt Siegen mit der Neuen Arbeit Siegerland vor dem Kreis für Kommunale Beschäftigungsförderung engagiert hat. Es geht nun darum, das vorhandene Angebot zu ergänzen und zu erweitern.

Herr Dr. Stötzel nimmt Bezug auf die bisherigen Aktivitäten, die auf den Grundüberlegungen zur Senkung der Sozialhilfekosten angestrengt wurden. In einem großen Runden Tisch mit allen Akteuren wurde seinerzeit das Problem deutlich, dass bei städtischen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung zunächst Kosten entstehen und finanziert werden müssen, die erst im Nachhinein durch eine Reduzierung der Sozialhilfekosten aufgefangen werden können. Dabei erwies es sich auch als schwierig, dass die Einsparungen zunächst zu Gunsten des Kreises als Träger der Sozialhilfe gingen. Da ab dem Jahr 2001 eine neue gesetzliche Regelung eine teilweise Kostentragung durch die Kommunen vorsieht, besteht nunmehr die Möglichkeit, eigene Konzepte weiter zu entwickeln und umzusetzen.

Herr Fischer berichtet, dass die Vorlage Nr. 3213/98 bisher nur in den Fachausschüssen beraten wurde, wobei die Tendenz zur Variante 3 ging. Aus Sicht der Verwaltung sollte nun auf Grundlage dieser Variante unter Berücksichtigung der bereits laufenden Maßnahmen weiter gearbeitet und ermittelt werden, wie kommunale Beschäftigungsförderung zu Gunsten der Stadt unter Einschluss der Overheadkosten gestaltet und die Finanzierung dargestellt werden kann. Eine entsprechende Vorlage könnte im 4. Quartal 2000 den Fachausschüssen präsentiert werden. Das im nächsten Monat

terminierte Gespräch mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein über die Erreichung eines Härteausgleichs auf Grund der geänderten Gesetzeslage wird dabei wichtige Erkenntnisse über die Kostenteilung liefern.
Eine Organisationsentscheidung des Bürgermeisters über die Federführung in diesem Projekt liegt noch nicht vor.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, so Herr Schulte, dass die in einem Antrag zur Ratssitzung am 04.03.1998 aufgezeigten Punkte zu gemeinnütziger Arbeit in die Konzeption eingearbeitet werden.

Das Hauptziel kommunaler Beschäftigungsförderung muss die Hinführung des betroffenen Personenkreises zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sein, so Herr Groß. Dabei müssen bereits laufenden Maßnahmen berücksichtigt und seitens der Stadt ergänzende Angebote unterbreitet werden. Dem Ansinnen der CDU-Fraktion über Regelungen für gemeinnützige Arbeit im Sinne des seinerzeitigen Antrages kann er nicht folgen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Variante 3 der Vorlage 3213/98 zum Thema Kommunale Beschäftigungsförderung schnellstmöglich in entsprechend aktualisierten Schritten zur Entscheidung vorzulegen. Die Möglichkeiten für gemein-nützige Arbeit im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion zur Sitzung des Rates vom 04.03.1998 sollen in diesem Konzept ebenfalls dargestellt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

4. AfSFS 10.05.2000

4.3 Familienarmutsbericht der Stadt Siegen

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2000

Die CDU-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf für die Erstellung eines Familien-armutsberichtes, so Herr Schmidt, da die Zahlen vorliegen. Wenn inhaltliche Mängel bekannt sind, müssen diese benannt und aufgearbeitet werden..

Frau Flohren erwidert, dass die Zahlen zwar ein deutliches Bild darstellen, aber nicht bekannt ist, wo Mängel bestehen. Daher ist eine detaillierte Untersuchung notwendig, um die Handlungspunkte herauszufinden.

Herr Rujanski ergänzt, dass neben statistischen Erfassungen auch Erkenntnisse der Wohlfahrtsverbände aus dem Tagesgeschäft und wissenschaftliche Dokumentati-onen der Universität in dem Bericht aufgearbeitet werden sollen.

Herr Fischer erklärt, dass der Aufwand von Qualität und Umfang eines solchen Berichtes abhängt und daher nicht beziffert werden kann. Zunächst ist auch zu klären, welche Beiträge die Verbände und die Universität leisten können.

Herr Groß kann den Antrag grundsätzlich unterstützen, hält es aber für vordring-licher, die Möglichkeiten der Stadt zum Abbau von Armut zu ermitteln und die Ziel-gruppe Familien genau zu betrachten. Ein Familienarmutsbericht kann dabei zum Einstieg in die Diskussion beitragen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden sowie der Universität Siegen einen Familienarmutsbericht für die Stadt Siegen zu erstellen und dem Ausschuss noch in diesem Jahr zur Beratung vorzulegen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür)

4. AfSFS 10.05.2000

5. Antrag des Vereins für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. auf Bewilligung eines Zuschusses für eine Aussiedler-Beratungsstelle

Vorlagenr. 413/00 - Vorlage vom 07.04.2000

Mit Hinweis auf § 31 GO NW verlässt Herr Groß den Sitzungssaal.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen lehnt den Antrag des Vereins ab, da hierfür in diesem Jahr keine Haus-haltsmittel zur Verfügung stehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. AfSFS 10.05.2000

6. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31. März 2000

Vorlagennr. 415/00 - Vorlage vom 19.04.2000

Fazit:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.03.2000 zur Kenntnis.

4. AfSFS 10.05.2000

7. Zuschuss für die Beratung ausländischer Einwohner

Vorlagennr. 384/00 und 384/00 A (Tischvorlage) - Vorlagen vom 11.04.2000

Mit Hinweis auf § 31 GO NW verlassen Herr Groß, Herr Griffig und Herr Max den Sitzungssaal.

Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, so Herr Rujanski, dass der bis Ende 1997 gültige Verteilungsmodus beibehalten und den drei Verbänden ein Zuschuss von je 7.500,00 DM gewährt werden sollte. Durch den Wegfall der Beratung des Diakonischen Werks reduziert sich die Bezugsgröße damit von 30.000 DM auf 25.000 DM. Der Restbetrag könnte im Sozialbudget anderweitig eingesetzt werden.

Herr Schmidt merkt an, dass die Verwaltung neue Zuschusskriterien erarbeiten und bis dahin dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werden sollte.

Herr Kaiserling schlägt vor, zunächst Zuschüsse in Höhe von je 7.500 DM zu gewähren und nach Beratung der neuen Zuschusskriterien über den Restbetrag zu befinden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt unter Kenntnisnahme, dass sich das Diakonische Werk seit 1999 aus der Beratung zurückgezogen hat, die Verteilung der Zuschussmittel an die verbleibenden drei antragstellenden Träger der freien Wohlfahrtsverbände entsprechend der Anlage 1 a der Ergänzungsvorlage in folgender Höhe:

◆ Caritasverband Siegen-Wittgenstein e.V.	11.000,00 DM
◆ Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.	10.000,00 DM
◆ Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Siegen-Wittgenstein	9.000,00 DM

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, UWG)

4. AfSFS 10.05.2000

8. Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger

Vorlagennr. 385/00 und 385/00 A (Tischvorlage) - Vorlagen vom 12.04.2000

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

- a) Der Ausschuss Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt gemäß den Empfehlungen der "Zehner Kommission" vom 04. Mai 2000 zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens der ausländischen und deutschen Bürgerinnen und Bürger für das Jahr 2000 vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung die Gewährung folgender Zuschüsse:

Lfd.Nr	Antragsteller	Zuschuss
1	Haardter Berg Schule	880,00 DM
2	Nordschule	300,00 DM
3	Tunesische Vereinigung	kein Zuschuss
4	Caritasverband	kein Zuschuss
5	Aktion Eine Welt St. Michael Siegen e.V.	510,00 DM
6	Verein für soziale Arbeit und Kultur e.V.	1.100,00 DM
7	Verein für soziale Arbeit und Kultur e.V.	1400,00 DM
8	Quo Vadis e.V.	50,00 DM pro Teilnehmer, höchstens bis zu 1.500,00 DM
9	Obenstruth Grundschule	200,00 DM
10	Förderverein für die spanischsprachige kath. Gemeinde	800,00 DM
11	SV Vatanspor e.V.	kein Zuschuss
12	Verein zum chinesisch-deutschen Wirtschafts- und Kulturaustausch e.V.	500,00 DM
13	Verein für Jugend und Kunst und Kultur "Rawand" e.V.	kein Zuschuss
14	ZMO Kreisverband	kein Zuschuss

- b) Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen beschließt, die Restmittel weiterhin für Zuschüsse vorzuhalten und im 2. Halbjahr 2000 eine erneute Ausschreibung vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

4. AfSFS 10.05.2000